

Ordentliche Landesdelegiertenkonferenz Hagen 20.-22.3.2009



: **Beschluss**
TO-Gegenstand: **Verschiedenes**
- Nachhaltige Landwirtschaft

V-6

Resolution

Gesundheitsversorgung angemessen und fair bezahlen!

5 Zunehmend macht sich innerhalb der Bevölkerung und der Ärzteschaft Unmut über die
absolut defizitäre Gesundheitspolitik der schwarz-roten Bundesregierung breit. Hatten
noch nach der letzten Bundestagswahl zahlreiche BürgerInnen gehofft, dass gerade
eine große Koalition dauerhaft finanzielle Stabilität in die Gesundheitsversorgung
bringen würde, so ist jetzt klar: diese Koalition hat das Gegenteil von
10 Finanzierungssicherheit auf den Weg gebracht:

Der Gesundheitsfonds, der nichts anderes als ein Formelkompromiss zum Zeitaussitzen
bis zur kommenden Bundestagswahl sein sollte, ist ein Eurograb und verschlingt mit
seiner Bürokratie massenhaft Krankenkassenbeiträge der Versicherten. Der
15 Gesundheitsfonds belastet nur zusätzlich die Versicherten, denn der nun eingeführte
Einheitsbetrag für alle Kassen hat für viele Versicherte zu höheren Beiträgen geführt.
Negativ wirkt sich der Gesundheitsfonds auch auf das Spektrum der Behandlung aus.
Es zeichnet sich ab, dass die Kassen kaum noch neue Therapieformen bezahlen,
sondern nur noch das, was sich über den Fonds gut refinanzieren lässt. Er muss nach
20 der nächsten Wahl, so wie er jetzt ist, abgewickelt und endlich eine Bürgerversicherung
auf den Weg gebracht werden.

Auch die Einführung und Umsetzung der E-Card wird massive Probleme und Kosten
nach sich ziehen. Stattdessen brauchen wir eine einheitliche, sichere und vor allem
25 praxistaugliche IT-Lösung für einen besseren Datenabgleich unter den ÄrztInnen.

Aber auch die neue Honorarvergütung für Ärzte ist mehr als dilettantisch umgesetzt und
für NRW eine Katastrophe. Zwar ist hier die Politik nicht allein verantwortlich, aber es
wäre auch falsch die Schuld allein bei der KBV abzuladen.
30

Trotz erheblicher Aufstockung des Finanzierungsvolumens wird die Reform gerade in
NRW zu starken finanziellen Einbußen bis hin zur Existenzgefährdung für Ärzte führen.
Viele FachärztInnen und HausärztInnen in NRW werden durch die neue
Berechnungslage eine erhebliche Benachteiligung gegenüber ihren KollegInnen in
35 vielen anderen Bundesländern erfahren. Es ist aus unserer Sicht nicht hinnehmbar,
dass Ärztinnen und Ärzte in NRW für die gleiche Leistung je nach Fachgebiet weit
weniger Geld erhalten als KollegInnen in anderen Bundesländern. Wenn eine Kinder-
und Jugendpsychiaterin für einen Jugendlichen für alle Leistungen in einem Quartal
unter 100,- Euro erhält, oder ein Augenarzt für die Behandlungen in einem Quartal unter
40 20,- Euro bekommt, wird unsere Facharztversorgung in einigen Bereichen bald nicht
mehr so wie bisher vorhanden sein.

Hier hat die große Koalition in Berlin ein großes Chaos angerichtet.

- 45 Deshalb fordern wir unsere Bundestagsfraktion auf, sofort im Bund aktiv zu werden, damit es Nachbesserungen an diesem Finanzierungssystem gibt und für die Ärztinnen und Ärzte in NRW keine Schieflage entsteht. Denn eine gute Gesundheitsversorgung muss auch angemessen und fair bezahlt werden.